

## Tschechische Staatsrechtsdemonstration im Reichsrat?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Prag, 26. Mai.

Die Leitung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen hielt am 24. Mai unter dem Vorsitz des Obmannes, Professor Dr. Kafka eine Sitzung ab, in der eine Entschließung angenommen wurde, in der es u. a. heißt: „Nach übereinstimmenden Meldungen der tschechischen Presse beabsichtigen die tschechischen Vertreter, bei der bevorstehenden parlamentarischen Tagung eine staatsrechtliche Verwahrung vorzubringen. Die tschechischen Pressenachrichten zu dem bevorstehenden Schritte lassen deutlich erkennen, daß diesmal eine besonders kräftige Demonstration für das tschechische und somit gegen das österreichische Staatsrecht geplant ist. Es soll also offenbar neuerlich eine, und zwar in betonter programmatischer Form gehaltene Forderung des tschechischen Volkes zum Ausdruck gebracht werden, welche auf die Staatsfremdheit und die offene Staatsfeindschaft zurückzuführen ist, die in den Jahren vor dem Kriege das Ansehen des Reiches nach außen geschwächt und die Herstellung der inneren Ordnung verhindert, während des Krieges aber den Bestand und die Ehre unseres Staates und die Schlagfertigkeit unserer Wehrmacht mit Gefahren bedroht hat, die nur durch die gesteigerten Kräfteanstrengungen und den Opferwillen der staatsstreuen Elemente, vor allem Deutsch-Österreichs, abgewendet werden konnten.“

Die Regierung und die staatsstreuen Parteien dürfen bei Beginn des verfassungsmäßigen Lebens keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie allen solchen Strömungen und Bewegungen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten gewillt sind, und daß das tschechische Volk nur dann zur Mitwirkung an der Vertretung der öffentlichen Angelegenheiten mit vollem Recht berufen sein kann, wenn es sich gleich allen anderen Nationalitäten unseres Reiches restlos auf den Boden des österreichischen Staatsgedankens stellt.

Die geplante staatsrechtliche Verwahrung der Tschechen darf somit weder von der Regierung noch von den staatsstreuen Parteien ohne Widerspruch hingenommen werden, sie muß vielmehr durch Wort und Tat zurückgewiesen werden.

Die Landesparteileitung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen beschließt, diese Rundgebung dem Reichsratsabgeordneten Keller mit der Bitte zu übermitteln, in der deutschen Arbeitsgemeinschaft und im Deutschen Nationalverband die geeigneten Anträge zu stellen.“

Im Verlaufe der Sitzung kam man bei der Erörterung der politischen Lage auch auf die letzten Ernennungen von Herrenhausmitgliedern zu sprechen. Die Parteileitung gab dem Befremden Ausdruck, daß Deutsch-Böhmen, das doch über zwei deutsche Hochschulen und über eine hochentwickelte, fleißige und wirtschaftliche Kultur verfügt, bei der Ergänzung der Herrenhausmitglieder nicht entsprechend berücksichtigt wurde und, besonders gegenüber den tschechischen Kreisen, zurückgesetzt erscheine.